

«Eine Dating-Plattform für Grüngut»

Alle sollen Zugang zum Grüngutsammelsystem erhalten, findet das Stadtparlament. Der Stadtrat prüft ein Nachbarschaftsabo.

Lukas Tannò

Am Ende war es doch sehr deutlich. Die Mehrheit des St. Galler Stadtparlaments fand, dass die gesamte Bevölkerung die Möglichkeit haben soll, Bioabfälle in Grüngutcontainern zu entsorgen. Einzig die FDP/Jungfreisinnige-Fraktion stimmte gegen einen Rückweisungsantrag der Werkkommission. Das Geschäft ist nun wieder beim Stadtrat, der eine adäquate Lösung präsentieren muss.

Der Stadtrat war zuvor gegen einen Nachtrag im Abfallreglement, der eine obligatorische flächendeckende Einführung der Grünabfuhr gefordert hätte. Dies forderten die Fraktionen SP/Juso/PFG, Grüne/Junge Grüne und Grünliberale in einer Motion im Jahr 2022.

Mieterinnen und Mieter können aufatmen

Die Grünabfuhr in der Stadt ist freiwillig. Viele Haushalte können sich jedoch nicht beteiligen – selbst wenn sie das wollten. Denn ein grüner Container auf privatem Grund setzt die Zustimmung des Hauseigentümers oder der Hauseigentümerin voraus. «Viele Mieterinnen und Mieter scheitern am kategorischen Nein», schrieben die Fraktionen damals in der Motion.

Trotzdem war der Stadtrat dagegen. Denn er geht davon aus, dass die Sammelmenge pro Haushalt sinken würde. Zudem spreche die Ökobilanz gegen eine obligatorische Grünabfuhr und die Kosten wären zu hoch. Die Werkkommission behandelte im September und Oktober das Geschäft und liess von Entsorgung St.Gallen eine Alternativlösung prüfen.

Bei dieser Alternative handelt es sich um eine Art Nachbarschaftsabo. Interessierte Mieterinnen und Mieter können



Der Stadtrat wollte keine flächendeckende Einführung einer Grünabfuhr. Nun muss er doch eine Lösung erarbeiten.

Bild: Ralph Ribi

so ihre Bioabfälle doch korrekt entsorgen und die Kosten für die Stadt würden sich in Grenzen halten, sagte Kommissionspräsident Thomas Giger. Bei dieser Lösung würde der obligatorische Ansatz wegfallen, flächendeckend wäre sie aber dennoch.

Während aus der SVP-Ecke Unterstützung für den Kompro-

miss kam, hielt die Mitte/EVP-Fraktion in ihrem Votum fest, dass die Motionsantwort des Stadtrats dem Grundsatz ihrer Fraktion entspräche. Louis Stähelin sprach für seine Fraktion. Er sagte: «Jede zusätzliche oder ausgeweitete Leistung der Stadt muss einen klaren Mehrwert bringen. Dies ist gemäss Motionsantwort nicht der Fall. Dass

aber eine nachbarschaftliche Mitbenutzung von Grüngutsammelbehältern eine mögliche Lösung darstellt, sehen wir durchaus.»

Deshalb stimmte die Fraktion auch dem Rückweisungsantrag zu. Trotzdem verstehe seine Fraktion nicht, weshalb ein solches niederschwelliges Nachbarschaftsabo über die Stadt administriert werden müsste, sagte Stähelin.

«Wir sind mit dem Resultat nicht zufrieden»

Die SP/Juso/PFG-Fraktion war hingegen nicht zufrieden mit dem Resultat. Tatiana Cardoso hielt das Votum ihrer Fraktion. Sie sagte: «Wir als Fraktion sind mit diesem Resultat nicht zufrieden. Das ist nicht die Lösung,

die wir wollten.» Von Anfang an sei die Haltung ihrer Fraktion klar gewesen: Eine flächendeckende Grünabfuhr für alle. «Und zwar so, dass auch die Eigentümerinnen und Eigentümer von Liegenschaften in die Pflicht genommen werden», sagte Cardoso. Der Rückweisungsantrag sei ein Kompromiss, weil eine Seite nicht bereit gewesen sei, bei der Eigentumsverantwortung wirklich vorwärtszumachen.

Cardoso äusserte auch direkt einen Wunsch an den Stadtrat: «Wenn jetzt ein Nachbarschaftsmodell ausgearbeitet wird, dann muss dieses Modell wirklich für alle zugänglich sein. Und das nicht nur auf dem Papier.»

Die SP-Stadtparlamentarierin sprach aber auch noch

einen anderen Punkt an. Der Weg des Vorstosses sei mühsam gewesen. Der Motionstext sei klar gewesen und das Parlament habe dem Stadtrat einen Auftrag gegeben. «Zeitweise hatten wir den Eindruck, der Stadtrat wolle lieber bremsen als umsetzen. Das Geschäft kam verspätet zurück und es kam vor allem noch so zurück, wie es die Motion eigentlich verlangt hat», sagte Cardoso.

In diesem Punkt waren sich die SP/Juso/PFG-Fraktion und die Mitte/EVP-Fraktion einig. Denn auch Stähelin sprach in seinem Votum diesen Punkt an: «Unsere Fraktion hat kein Verständnis dafür, dass dieses Geschäft derart lange bearbeitet werden musste. Eine frühere Einschätzung hätte Ressourcen geschont und den politischen Prozess effizienter gestaltet.»

Stadtrat spricht sich auch für Rückweisungsantrag aus

Das Stadtparlament stimmte mit 46 Ja- zu zehn Nein-Stimmen dem Rückweisungsantrag zu. Nur die FDP/Jungfreisinnige-Fraktion stimmte dagegen. Sogar der Stadtrat unterstützte den Rückweisungsantrag. Stadtrat Peter Jans sagte: «Mit dem Motionsauftrag konnte sich der Stadtrat nie anfreunden. Es hätte ein Missverhältnis zwischen Kosten und Nutzen gegeben.» Deshalb sei der Stadtrat mit dem Rückweisungsantrag einverstanden.

«Dieses Abo ist wie eine Dating-Plattform für Grüngut. Man muss das mal ausprobieren und sehen, wer sich alles dafür meldet», sagte Jans. Die Nachbarschaftsabo-Idee werde nun ausgearbeitet und dem Parlament wieder vorgelegt.

WWW.

Die Debatte zum Nachlesen go.tagblatt.ch/parlamentsgg



Louis Stähelin (Die Mitte).

Bild: Niklas Thalmann



Tatiana Cardoso (SP).

Bild: Michel Canonica